

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig, Raben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 5.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 110.

Dresden, Dienstag den 14. Mai 1918.

29. Jahrg.

Ein neuer Wehrbeitrag. — Sozialdemokratischer Erbschaftssteuer-Antrag. Der verfahrenere Wahlrechtskarren. — Nikolai Nikolajewitsch gefangen.

Wahlsieg in Zwickau.

Meier (Soziald.)	12 433 Stimmen
Ring (Nationall.)	6 096
Seckert (Unabh.)	5 036
Braun (Mittelst.)	102

(Einige kleine Orte fehlen noch.)

Die Reichstagswahl im 18. sächsischen Wahlkreis hat mit einem schönen Siege der alten erprobten Sozialdemokratie und gleichzeitig mit einer bösen Schlappe der Unabhängigen geendet. Auch die Arbeiterchaft dieses Wahlkreises hat gezeigt, daß sie mit erdrückender Mehrheit dem sturmproben Banner unserer Partei folgt. Aber nicht nur eine Abgabe an die sinnlose Negationspolitik der Unabhängigen bedeutet dieser Wahlausgang, auch die Eroberungspolitik haben eine schwere Niederlage erlebt, obwohl sie sich auf Arbeiterfang berechneten. Es mag wohl sein, daß dieses schlaue Werkzeug der Vaterlandsparteier manchen Arbeiter irreführt hat, wie ihm die Gefolgschaft der gelben Werkzeugsleute ja von vornherein ebenso sicher war wie der reaktionären Elemente im Bürgertum. Und dennoch hat er es nur — die genauen Ziffern liegen noch nicht vor — auf rund 6000 Stimmen gebracht. Das ist nur ein Drittel der Stimmen, die bei der letzten Hauptwahl im Jahre 1912 der nationalliberale Kandidat auf sich vereinen konnte. Dagegen hat die alte Sozialdemokratie, trotz den Konkurrenzbestrebungen der Unabhängigen, für sich allein fast die Hälfte der Stimmen auf ihren Kandidaten vereinigt, die 1912 auf Stufe aufwies. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß die Nationalliberalen und Konservativen den sonstigen Wahlapparat nicht in vollem Umfange in Tätigkeit gesetzt haben und der Bergmann Ring nicht offiziell als Kandidat der bürgerlichen Parteien galt, muß das Wahlergebnis als eine Abgabe an die reaktionäre durchgeführte Eroberungspolitik der Vaterlandspartei bewertet werden. Denn an Mühe, Arbeit und Geld haben es die Macher der Kandidatur Ring nicht fehlen lassen. Fabrikanten, Staatsanwälte und auch Führer der Nationalliberalen vereinigten sich in dem heißen Bemühen, eine möglichst große Stimmenzahl für ihren Kandidaten zu bringen. Die Vaterlandsparteier haben ans neue erkennen müssen, daß sie trotz allem Geschehen keinen Anhang im Volke haben. Im Lichte eines sozialdemokratischen Wahlsieges tritt durch diesen Wahlausfall klar zutage, daß auch in Sachsen die erdrückende Mehrheit des Volkes hinter der Reichstagsmehrheit und ihrer Friedensresolution steht.

Der Gedanke des Verständigungsfriedens hat sowohl über das verworrene Geschehen verhängener Demagogen wie über die Kriegsverbreiter der Anzionisten gesiegt. Klar und scharf hat die Sozialdemokratie in diesem Kampfe ihre Werbetätigkeit von dem Gedanken einer freilich gerichteten und sozialistisch erleuchteten Wirtschaftspolitik belebt. Dabei waren wir darauf angewiesen, nach rechts und links entschiedene Abfagen zu erteilen, hatten mit den Schwierigkeiten der ungelärten Lage in der Reichsregierung, dem Durchdringen der Diplopolitik zu rechnen, die weitlich von unsern unabhängigen Gegnern ausgeht wurden. Wir mußten es von vornherein ablehnen, die Note der Zeit, insbesondere auch die Nahrungsmittel-, die Schwierigkeiten, dazu zu benutzen, unsere Wahlagitator zu würgen. Wohl aber konnten wir den Wählern sagen, daß die Sozialdemokratie unausgesetzt bemüht sein werde, die sozialistischen Forderungen in jedem Ringen eventuell auch schrittweise zu vermitteln, daß wir auch praktisch mitarbeiten würden, wann und wo sich dazu Gelegenheit bietet, daß wir in keiner Weise aus unangebrachter Furcht vor Verantwortlichkeit ablehnen würden, bei der praktischen Arbeit zu tun, was das Wohl des Volkes, besonders in den Zeiten der Kriegsnöte, gebietet. Es war zum ersten Male, daß wir in Sachen unsere Wahlarbeit auf der Grundlage einer sozialistischen Realpolitik betrieben. Wenden sich Wähler, der im Geiste der alten Wählreden alt geworden ist, manchmal auch, der sich schwer in den Gedanken finden konnte, daß die neue Zeit auch eine andere politische Strategie erfordert, mag das bedröndend und zu den Unabhängigen gezogen haben, wo er ein von keiner Verantwortlichkeit befreites Drauflosgerede fand, das den gepriesenen Gefühlen mancher schwer von den Kriegsnöten heimgeleiteten Wähler mehr entsprochen haben mag. Und dennoch hat der Sozialismus auch mit der neuen Kampfesweise einen schönen Sieg erfochten, vor allem auch über den Geist der Negation und überholter Schlagworte, der nur noch mit den Buchstaben einen Zusammenhang mit den sozialistischen Gedanken herstellen kann, einer sozialistischen Wirklichkeit aber völlig entfremdet ist.

Möglich, daß die Unabhängigen es mit der Behauptung zueinander, ihre 6000 Stimmen seien immerhin ein Achtungs-

Abgeschlagene englische Angriffe bei Sibensch.

wib. (Amlich.) Großes Hauptquartier, den 14. Mai 1918.
Westlicher Kriegsschauplatz.
An den Kampfzonen lag die in den frühen Morgenstunden erfolgte Feuerstätigkeit im Laufe des Vormittags nach. Am Abend lebte sie wieder vielfach auf. Nach heftiger Feuerwirkung nördlich vom La-Basse-Kanal versuchten die Engländer am Abend letzte Teilangriffe gegen unsere Stellungen nördlich und südlich von Sibensch. Sie wurden verlustreich zurückgeschlagen. Die Gefangenschaft blieb gering.
Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Wir können ihnen die Freude, wollen aber zur vollen Würdigung der Wahlleistung nicht unermüdet lassen, daß den Unabhängigen die Zeitverhältnisse viel Wasser auf ihre Räder geliefert haben. Zwar haben sie keine eigene Presse im Kreise, aber sie konnten doch nicht Aufhebens genug davon machen, daß das Leipziger Unabhängigenorgan riesige Fortschritte gemacht habe und auch ohne Organisation bedeutend erstarke sei. Zustatten kamen ihnen die Kriegsnöte, die manche Wähler beunruhigt haben mögen, sich denen zuwenden, die am größten darüber schreien. Dabei haben sich die Unabhängigen den Anzeichen, eine Politik baldiger Kriegsbeendigung zu betreiben, wodurch sie manchen Oberflächlichen betört haben mögen. Vor allem kam ihnen zugute, daß sie sich als Teilamentenvollstrecker Stollens den Wählern vorstellten konnten, der im Kreise großen Anhang namentlich auch bei alten Parteigenossen und in breiten Schichten der Arbeiterchaft hatte. Hatte er doch ein Menschenalter im Kreise gewirkt, sich große Verdienste um die Arbeiterchaft erworben und besonders in seiner jüngeren Zeit auch große Opfer für die Arbeiterchaft gebracht. Tieleen alten erprobten Führer kannten die meisten persönlich und waren daher leicht geneigt, denen zu folgen, die sich als Nachfolger nach seinem Willen bei jeder Gelegenheit ausgaben.

In ihrer Agitation sind die Unabhängigen unseren Beobachtungen nach nirgends behindert worden. In unzulässigen Versammlungen haben sie ihr von Verantwortlichkeit wahrlich nicht beschwertes Drauflosgerede hören lassen, fast die ganze unabhängige Reichstagsfraktion war zu diesem Zwecke mobil gemacht, zu der sonstigen Wahlarbeit zogen sie Genossen sogar aus Thüringer Wahlkreisen heran. In einem großen Dorfe, wo der Schreiber dieser Zeilen am Sonntag in einer Versammlung sprach, traf er sogar auf unabhängige Flugblattverleiher aus Kreis. Sie haben wahrlich alles mobil gemacht, um die Nachfolge Stollens im Kreise anzutreten zu können. Und sie müssen nun erleben, daß die viel geschmähte Sozialdemokratie das 2/3, fast die Hälfte der Stimmen erhalten hat wie sie. Der Reinfall ist ebenso groß wie der in Niederbarnim. In in Zwickau könnten sie im Falle einer Stichwahl, die übrigens nicht nötig ist, nicht einmal großmütig auf eine Beteiligung verzichten, denn sie hätten für diese gar nicht in Betracht, weil sie mit ihrer Stimmenzahl erst an dritter Stelle stehen und selbst von dem gelben Kandidaten noch um rund 1000 Stimmen übertragt werden. Auf einem für sie günstigen Kampfschauplatz haben sich die Unabhängigen somit eine schwere Niederlage geholt. Ihre Demagogie ist von den Wählern geprüft und zu leicht befunden worden. Wir sind überzeugt, daß das nicht nur in Zwickau, sondern in verstärkter Weise auch in anderen sächsischen Wahlkreisen der Fall sein würde, wo sie nicht die Verdienste verstorbenen Genossen in der beobachteten Weise vor ihren Wagen schoben können. Auf diese Weise hat sich die Unabhängigen in schwerem Irrtum befunden waren, als sie mit Drohungen eines Volksgerichtes bei Wahlen unsere Politik der Landesverteidigung und des realpolitisch gerichteten Ausbaues im Innern knebeln wollten. Sie glaubten uns beim Volke durch ihr Geschehen Gruben graben zu können, es hat sich jedoch auf neue gezeigt, daß sie selbst hineingefallen sind und in Gefahr geraten, darin umzukommen.

Uns aber muß der Wahlausfall in der Ueberzeugung bekräftigen, daß unsere Kriegspolitik die richtige war. Aufwärts weist es uns auf die Höhen einer sozialistisch erleuchteten Realpolitik, die uns die Aufgabe stellt, im äßen Ringen unter Berücksichtigung der Verhältnisse dem Volke bessere Existenzverhältnisse und die politische Gleichberechtigung zu sichern.

Eine neue Kriegsabgabe der Besitzenden.

Die Verteidiger der Dreiklassenmach unter Heydenbrands Führung haben im Laufe der Wahlrechtsdebatten immer offener eingestanden, daß ihre Abweigung gegen das gleiche Recht hauptsächlich daher rührt, daß sie nicht ihr Portemonnaie, das Portemonnaie der Besitzenden, einem Parlament

des gleichen Wahlrechts ausliefern wollen. Inzwischen ging tatsächlich dem Reichstag die Vorlage über drei Milliarden neuer Kriegssteuern zu, die sämtlich auf indirektem Wege heringebracht werden sollten. Wohl waren neben den Verbrauchssteuern und der Postversteuerung auch in die erhöhte Umsatzsteuer Kursumgaben eingearbeitet und eine neue Kriegsgewinnsteuer von Erwerbsgesellschaften vorgelesen, aber Einkommen und Vermögen sollten doch den Einzelstaaten als Steuerobjekte verbleiben und damit die Hauptlast der neuen Kriegssteuern auf die breiten Massen gelegt werden.

Dagegen haben die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten tatkräftig und erfolgreich angeknüpft. Es besteht natürlich keine Aussicht darauf, die neuen Abgaben von Bier, Branntwein, Wein, Mineralwasser, Kaffee, Tee, Kakao usw. gänzlich zu Fall zu bringen, wohl aber konnte man den bürgerlichen Parteien klar machen, daß diese Steuern ja gerade als Kriegssteuern lediglich auf dem Papier stehen und daß ihre Ergänzung durch eine wirkliche Kriegsteuer finden müssen. Dahin zu drängen boten die interfraktionellen Besprechungen eine ausgezeichnete Gelegenheit, die auch voll ausgenutzt worden ist. So ist der Antrag Gröber entfallen, der heute im Hauptauschuss des Reichstages eingebracht worden ist. Er sieht eine Kriegsabgabe von allen Jahreseinkommen über 20 000 Mark vor, die erhöht werden soll, wenn gegenüber den letzten Friedensjahren eine Einkommensvermehrung erzielt worden ist, und als Ergänzung eine Abgabe auch von allen Vermögen über 20 000 Mark.

Die Finanzminister der Einzelstaaten sind vollzählig angetreten, um ihren Widerstand gegen diesen Vorstoß der Mehrheitsparteien geltend zu machen. Aber wir brauchen heute nicht mehr lange darüber zu beraten, ob es vielleicht zweckmäßiger wäre, die Einkommens- und Vermögensbesteuerung den Einzelstaaten zu überlassen; nachdem die Junker erneut ihren Willen bekundet haben, die breiten Massen des Volkes zu angemessener Teilnahme an der einseitigen Versteigerung nicht zuzulassen, würden es in den Bundesstaaten immer nur die Besitzenden sein, die selbst darüber zu befinden hätten, was und wieviel sie dem Staat zahlen wollten. Da wir nun nicht den mindesten Anlaß haben, es dem staatsbürgerlichen Pflichtgefühl der Kriegsgewinnler und Junker zu überlassen, wieviel sie dem Staate steuern wollen, darf kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß das Reich sich auch die Vornehmung der Einkommen und Vermögen in möglichst weitem Umfange zu eigen machen muß.

Dieser Gedankengang kommt im Ergebnis mit dem anderen zusammen, daß durch die Erfolge der deutschen Waffen auch den Feinden ihr Besitz gekürzt, erhalten und vermehrt werden ist und daß diese deshalb zu allererst an den Kriegskosten mittragen müssen. Darum dürfen sich die Mehrheitsparteien durch den Widerstand der einzelstaatlichen Finanzminister nicht abdrücken lassen, sondern müssen seit auf ihrem Sinn bestehen, die Kriegsteuer auf die großen Einkommen und Vermögen von Reichs wegen zu bedürfen und zu erheben. Die Regierungen werden die Verantwortung dafür nicht auf sich nehmen können, deswegen den ganzen Steuerplan weiter zu lassen.

Ein offener Kampf zwischen Neuordnern und Rückschrittlern wird sich auch während des Krieges nicht mehr lange vermeiden lassen. Die Reaktionsäre versuchen nun alles Mögliche, um zu erreichen, daß der Konflikt bei irgendeiner Pause ausbricht, in der sie sich als die großen Patrioten aufstellen könnten, sei es um den Eisfrieden, sei es in irgendeiner Meinungsverschiedenheit des Reichstages mit der siegreichen Heeresführung. Die Mehrheitsparteien hingegen haben alles Interesse daran, daß der Kampf da ausgesetzt wird, wo der Gegenstand wirklich besteht: in der Wahlrechtsfrage und in der Steuerfrage, zwischen denen die eigenmächtig den Krieg zu ihrer Verdrängerung ausruhen wollen, und denen, die das ganze Volk teilhaben lassen wollen am Erfolg der Rettung aus schwerer Not. Hierin muß im Reichstag der Zusammhalt der Mehrheitsparteien ganz fest bleiben und hier kann sich ihnen die Regierung auch nicht dauernd widersetzen, in der ein Panzer liegt.

Benignens vorläufig als erste Antwort auf die schändliche Wahlrechtsvermehrung in es ausgezeichnet, daß nun erst recht das Reichsparlament des gleichen Wahlrechts ordentlich an das Portemonnaie der Lebenden herangeht.

Die neuen Besitzsteuern.

Dem Reichstagsauschuss des Reichstages lag am Montag ein Antrag der Mehrheitsparteien vor, der neue Besitzsteuern fordert. Zunächst wird gefordert eine Erbschaftsteuer vom Einkommen. Jedes Einkommen von mindestens 20 000 M. soll einer besonderen einmaligen Abgabe unterworfen werden. Diese Abgabe beginnt mit 1 v. H. und steigt in der höchsten Stufe auf 20 v. H. Dann wird verlangt eine erhöhte Kriegsabgabe von der während des Krieges erzielten Einkommensvermehrung gegenüber dem in der Friedenszeit erzielten Einkommen. Die Steuerhöhe für die Einkommensvermehrung werden durchprozentual und bestimmt mit 5 v. H. für die ersten 10 000 M. Jahreseinkommen und steigen mit 20 v. H.

Seite 8
Ausländer
Ursachen
das Ein
Kreuzer
national
in Zwick
einen Erfolg
noch mit
verlänger
wenn ja
n nicht ge
ge Verbote
tigkeit er
Sach
Wag
Raben u
5 a.7
ter
kaffee
5 a.7
ben
schien
Mit
fende
ber
inter
n.
(S 31)
aden
ab 10.
aben u
Rennt
ib Kurt
rühler
über
10.
ame dem
elder
en bers
en Post

als höherer Steuerertrag. Außerdem ist für den Fall eines Vermögensverlustes...

1. Einziehung der Steuern und ihre strafrechtliche Einziehung...

2. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

3. Einziehung des Gehalts des Reichs, wenn die Gehalts an entfernte Verwandte oder sonstige Personen fallen würde...

4. Einziehung des Gehalts des Reichs, wenn die Gehalts an entfernte Verwandte oder sonstige Personen fallen würde...

5. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

6. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

7. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

8. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

9. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

10. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

11. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

12. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

13. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

14. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

15. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

16. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

17. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

18. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

19. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

20. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

21. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

22. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

23. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

24. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

25. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

26. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

27. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

28. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

29. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

30. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

31. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

32. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

33. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

34. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

35. Einziehung eines abgemessenen Teils des Reichs bei keiner Rückzahl...

Abot habe gehalten, daß sich George erst nach langem Zögern...

Der Korrespondent des Manchester Guardian teilt weiter mit...

Wie das Wiener A. N. Telegraphen-Bureau von zuverlässiger Seite erfährt...

22500 Tonnen versenkt.

Berlin, 13. Mai. (Hutlich.) Einem unserer in Flandern stationierten U-Boote unter dem Kommando des Oberleutnants zur See Lohs...

Die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Die Montag-Sitzung des Abgeordnetenhauses hat die vorläufige Entscheidung über das gleiche Wahlrecht noch nicht gebracht...

In der allgemeinen Besprechung erklärten die Konservativen, Freikonserverativen und die Sozialistische Minorität...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

Die Herrenhausvorlage wurde gegen die Fortschrittler, Sozialisten und Sozialdemokraten angenommen...

mit einer Ausnahme tief beladen, und zwar, wie aus den Worten der Besetzung mit Sicherheit geschlossen werden kann...

Die Unternehmung des bewährten Kommandanten stellt eine hervorragende Leistung dar.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Nikolai Nikolajewitsch in deutscher Gewalt.

Geoffrui Nikolajewitsch, der ehemalige Oberkommandierende der russischen Flottenflotte, der Millionen so blutigen und schmerzhaften Aufopferungen müde...

Die Kaiserin-Witwe von Rußland, die Großfürstin Nikolajewitsch, Peter Nikolajewitsch und Alexander Nikolajewitsch sind auf dem Gute Pultar, südlich von Jalta, auf der Krim in unsere Gewalt gefallen...

Als Ergebnis des Gefangenenaustausches wird man allerdings zunächst annehmen dürfen, daß Nikolais Möglichkeit, in einer nächsten Phase der russischen Politik ganz nach freiem Ermessen oder nach dem Ermessen ihm gewogener Parteigänger eine Rolle zu spielen...

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Der Sozialist meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesem erbeuten Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Besuche im Hauptquartier.

Kaiser Karl hat am 12. Mai dem Deutschen Kaiser im Großen Hauptquartier einen Besuch abgestattet.

In der Begleitung Kaiser Karls befanden sich der Minister des Äußern, Graf Turlan, der Chef des Generalstabs, Frhr. v. Arg., und der A. u. A. Vossler in Berlin, Prinz zu Hohenlohe.

Von deutscher Seite nahmen an der Begleitung teil der Reichsfürst Graf Hertling, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, General Ludendorff, Staatssekretär v. Rühlmann und der Kaiserliche Hofmarschall in Wien, Graf v. Wedel.

Der Bericht meldet weiter: „Zwischen den hohen Verbündeten und ihren Regenten fand eine herzliche Aussprache und eingehende Erörterungen aller grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fragen statt, die das gegenwärtige und zukünftige Verhältnis zwischen den beiden Monarchien betreffen.“

Hierbei ergab sich volles Einverständnis in allen diesen Fragen und der Entschluß, das bestehende Bundesverhältnis auszubauen und zu vertiefen.

Die Richtlinien der im Aussicht genommenen vertragsmäßigen Abmachungen stehen bereits grundsätzlich fest.

Im Ganzen der Besprechungen trat erfreulicherweise zutage, wie hoch von beiden Seiten das Vertrauen auch im Verteidigungskriege so glorreich erprobte, langjährige enge Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich bewertet wird.“

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich, daß der König von Bayern ins Große Hauptquartier und an die Front abgereist ist.

Unterhaltungen über einen zweiten Kaiserbrief.

In den Pariser Zeitungen ist neuerdings die Rede von einem zweiten Briefe Kaiser Karls an den Prinzen Sixtus.

Der Pariser Korrespondent des Manchester Guardian meldet: Der zweite Brief des Kaisers Karl ist anscheinend wichtiger, als der erste.

Der Kaiser erklärte in dem zweiten Briefe, er sei überzeugt, daß der Deutschland bewegen könnte, Frieden zu schließen unter der Bedingung, daß die Verbündeten ihre territorialen Forderungen auf Belgien, Dänemark und Schweden beschränken.

Der Kaiser erklärte, daß die Verbündeten ihre territorialen Forderungen auf Belgien, Dänemark und Schweden beschränken sollten.

Der Kaiser erklärte, daß die Verbündeten ihre territorialen Forderungen auf Belgien, Dänemark und Schweden beschränken sollten.

Der Kaiser erklärte, daß die Verbündeten ihre territorialen Forderungen auf Belgien, Dänemark und Schweden beschränken sollten.

Der Kaiser erklärte, daß die Verbündeten ihre territorialen Forderungen auf Belgien, Dänemark und Schweden beschränken sollten.

Der Kaiser erklärte, daß die Verbündeten ihre territorialen Forderungen auf Belgien, Dänemark und Schweden beschränken sollten.

Der Kaiser erklärte, daß die Verbündeten ihre territorialen Forderungen auf Belgien, Dänemark und Schweden beschränken sollten.

Der Kaiser erklärte, daß die Verbündeten ihre territorialen Forderungen auf Belgien, Dänemark und Schweden beschränken sollten.

Die Verhandlungen über die Verfassungsvorlage.

Preussisches Abgeordnetenhause.

148. Sitzung Montag, den 13. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Friedberg, Dr. Drews, Staatssekretär Dr. Borch.

Präsident Dr. Borch teilt mit, daß der Präsident selber nach Frankfurt verbringt ist.

Dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Zur dritten Lesung liegen wieder jährliche Anträge vor.

Zur dritten Lesung liegen wieder jährliche Anträge vor.

Dienstag... Entgegenkom... (Vertical text on the right edge of the page)

Erhebung und Ablieferung des Sommerfaatgutes von Getreide und Hülsenfrüchten.

Für das Gebiet des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung wird folgendes bestimmt:

§ 1. Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, Saatgutwirtschafte und Saatguthändler, die mit Beginn des 15. Mai 1918 noch Sommerfaatgut von Getreide und Hülsenfrüchten besitzen, sind verpflichtet, die vorhandenen Bestände getrennt nach Arten der zuständigen königlichen Amtshauptmannschaft — in Dresden dem Rate zu Dresden, Lebensmittellamt, Hauptstraße 5, II., Zimmer 36 — bis spätestens zum 17. Mai 1918 anzuzeigen.

§ 2. Die Veräußerung, der Erwerb und die Lieferung von Sommergetreide zu Saatweiden ist nur bis zum 15. Juni 1918 zulässig. Saatgut, das nach diesem Zeitpunkte noch vorhanden ist, ist an den Kommunalverband gegen Zahlung eines angemessenen Preises abzuliefern. Bei der Preisermessung ist der zur Zeit der Ablieferung geltende allgemeine Höchstpreis, nicht der Sonderpreis für Saatgut, zu berücksichtigen.

§ 3. Für nachweisbar als Sommerfaatgut erworbenes Getreide und erworbene Hülsenfrüchte, die bis spätestens 15. Juni 1918 abgeliefert werden, ist der zulässigerweise gezahlte Einstandspreis zu ermitteln. Saatgutwirtschafte erhalten für selbstgezeugenes Saatgut, das bis spätestens 15. Juni 1918 abgeliefert wird, den festgesetzten Höchstpreis.

§ 4. Für Getreide und Hülsenfrüchte, die ein Besitzer selbst erobert und zur Aussaat zurückbehalten, aber nicht verbraucht hat, ist bei Ablieferung bis spätestens 15. Juni 1918 der vor dem 1. März 1918 aber nicht verbrauchte Höchstpreis — nicht Saatgutpreis — zu ermitteln, wenn der nach § 4 Absatz 7 der Bekanntmachung vom 8. März 1918 vorgeschriebene Antrag aus einschlägigen Gründen unterblieben ist. Die Ablieferung der noch vorhandenen Bestände an Sommerfaatgut von Getreide und Hülsenfrüchten hat an die Firma Getreide-Einkauf in Dresden, Büttelstraße 80, oder deren bekannte Unterkommissionäre zu erfolgen.

§ 5. Zuwiderhandlungen werden nach § 79 und 80 der Reichsgetreideverordnung für die Ernte 1917 vom 21. Juni 1917 bestraft.

Dresden, am 13. Mai 1918. [S 58]

Der Kommunalverband Dresden und Umgebung.
Der Rat zu Dresden.
Die königl. Amtshauptmannschaften Dresden-Altfeld, Dresden-Neustadt und Pirna.

§ 2. Krankenhäuser und Alleen können beim Verbleiben für die von ihnen zu verpflegenden Kranken aus dem Zivilstande die Ausstellung eines Bezugsscheines beantragen. Hierbei ist je nach Wunsch $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ Liter Ungarwein zugrunde zu legen.

§ 3. Es gelangen roter und weißer Ungarwein (Riesling) zur Ausgabe. Beide Sorten sind best. Ein Anspruch auf eine bestimmte Sorte kann nicht zugelassen werden. Die Verteilung erfolgt je nach Maßgabe der verfügbaren Vorräte.

§ 4. Den Verkauf des Weines haben die Bekannten Geschäfte übernommen. Der Verkauf beginnt Mittwoch den 15. Mai 1918.

§ 5. Eine Voranmeldung zum Bezuge des Weines ist nicht nötig. Der Verkauf erfolgt gegen Abgabe des Ausweises „74“ oder eines nach § 2 angefertigten Bezugsscheines. Jeder Ausweis „74“ wird je nach Wunsch mit $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ Liter, jeder Bezugsschein mit der auf ihm vermerkten Menge geliefert. Der Ausweis „74“ und die angefertigten Bezugsscheine bleiben bis auf weiteres in Geltung. Die Verkaufsstellen haben die belieferten Anwohner und Bezugsscheine als Ausgabebelege aufzubewahren.

§ 6. Die Verbraucher haben bei der Abholung des Weines in den bekannten Verkaufsstellen die nötigen Befehle selbst mitzubringen. Soweit möglich, sind hierzu gut gereinigte Flaschen mit entsprechendem Kork zu verwenden.

§ 7. Der Preis beträgt bei der Abgabe an die Verbraucher 5,20 M. für $\frac{1}{4}$ Liter roten Ungarwein und 4,50 M. für $\frac{1}{4}$ Liter weißen Ungarwein (Riesling).

§ 8. Außer dem vorstehend auf Ausweis „74“ zugeteilten Wein kann solcher auch ohne Ausweis erworben werden. Die Verkaufsstellen sind berechtigt und verpflichtet, roten und weißen Ungarwein (Riesling) auch ohne den Ausweis „74“ abzugeben, soweit hierzu der Vorrat reicht.

§ 9. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1916 bestraft.

Dresden, am 13. Mai 1918. [S 57]

Der Rat zu Dresden.

Butterverteilung.

Freitag den 17. und Sonnabend den 18. Mai 1918 werden beliefert:

a) die angemeldete Landbesitzerkarte der Stadt Dresden „Mai M“ mit $\frac{1}{2}$ Pfund Butter und b) der angemeldete Butterbezugsschein mit 50 vom Hundert mit Margarine.

Der Kleinhandelspreis beträgt für Butter 4 M. für 1 Pfund, 2 M. für $\frac{1}{2}$ Pfund, 1 M. für $\frac{1}{4}$ Pfund, 50 Pf. für $\frac{1}{8}$ Pfund, für Margarine 2 M. für 1 Pfund.

Dresden, am 13. Mai 1918. [S 57]

Der Rat zu Dresden.

Weinverteilung.

§ 1. Auf Ausweis „74“ der Lebensmittelkarte (12/5 bis 8/6, 1918) wird je nach Wunsch $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ Liter Ungarwein verteilt.

Dieser Donnerstag, den 16. Mai
Künstlerhaus, Grüner Straße, abends 8 Uhr:
Heitere Kunst zur Laute
Rudolf Sieber
Feinsinniger Humor — Eigene Vertonungen
Karten: M. 1,05, 2,10, 3,15, 4,20 (einschl. Kartensteuer) bei F. Ries, S.-str. 21 (Eink. Ringstr.) und Ad. Brauer, Hauptstr. 2, sowie im Künstlerhause (Sekretariat) und an der Abendkasse. [B 245]

SARRASANI
Allabendlich 7 1/2 Uhr — Sonn- und Feiertage 7 Uhr
Mittwoch, Sonnabend u. an den 3 Feiertagen auch 3 Uhr
VORVERKAUF: RESIDENZ-KAUFHAUS [89]

MAZEPPA
oder: Der
AUFGANG in UKRAINE

ERNST THORN

Sarrasani-Trocadero: 8 bis 10 Uhr Lustige Abende.

Musenhalle [95]
Vorstadt Löbtau, Kesselsd. Str. 17, Straßenbahn 7, 10, 22
Täglich 8,10. Mit großem Beifall aufgenommen.

Der Sonntendhof
Quartiersmusik mit Gesang und Tanz in 5 Bildern.
Neue Ausstattung und Dekoration.
11. Mai 1918 abends 8 Uhr [96]

Lichtspiele
Programme vom 14. bis 16. Mai 1918
Nur 3 Tage!

Wanda Treumann
in dem Drama:
Das Opfer
der Ylla Rogesius
und das reichhaltige Beiprogramm.

Benutzte [W 52b]
Flaschenapfein
werden gekauft
Metalleinkaufsstelle
E. Kohlert
Seibniger Str. 19. Tel. 15 622

**BLUSEN
RÖCKE [S 120]
MÄNTEL**
aus Stoff und Seide
empfehlend preiswert
Karl Kreidl
Töpferstraße 1, 1. Et.
Kein Laden!
Mitglied des Arb.-Rat. - B. Heiderich!

Gemüse- u. Blumenläden
Wohn-, Gebirgs-, Tabakläden,
Edel-Comoren, Pfanzschalott,
Nierentischel, Kartoffel-
stübel, von Blaue Obenwälder,
Ordniger, Atlanta, fr. Juni,
lieferbar von Anfang Mai an.
Vorbestellung erbeten.
Tümpel, Rain, Gemüse-
pflanzen. [S 113]

Jahn & Hampel
Eisenhandlung
Dresden, Jahnstr. 4, Tel. 16101

Sanitärer
Bedarf für Kranken- und
Wohnpflege. [S 116]

Frau Heusinger
Am See 37. [W 100]

**Imprägn. Seidenmäntel
Stoffmäntel u. Säden**
Kostüme in Stoff und Seide,
Hüte, Hüten versch. weichen.
Kalenbau. Galeriestraße 2, 1.

Felle jed. Art
zum besten Höchstpreis,
Beutungen 30 Pf.
Leinwand, Bücher 25 Pf.,
Kumpen, Klebpapier zu höchsten
Preisen laufe. [W 100]

Dr. Bahl, Erbstr. 7

**Kraft Tomalen-
pflanzen**
mit Topfballen haben ab-
zugeben Deuer & Nimm,
Dresden, Wilsdr., Straßen-
bahnlinie 12. [W 291]

Die Kleiderverwertungsstelle Dresden
An der Kreuzkirche 8
allein zum Verkauf aller getragenen Kleidungsstücke berechtigt, erischt dringend um Abgabe aller entbehrlichen Kleider, Schuhe und Wäsche für die notleidende Bevölkerung und entlassenen Krieger.

Ankaufspreise:

	fast neu	sehr gut erhalten	gut erhalten	mäßig abgetragen
Herrenanzüge	60 bis 70 M.	50 bis 60 M.	30 bis 40 M.	15 bis 30 M.
Herrenhosen (gestreift)	25 bis 30 M.	18 bis 25 M.	12 bis 18 M.	8 bis 15 M.
Herrenhosen	17 bis 20 M.	14 bis 17 M.	9 bis 14 M.	5 bis 9 M.
Winterüberzieher	60 bis 70 M.	50 bis 60 M.	30 bis 40 M.	15 bis 30 M.
Damenkostüme (modern)	50 bis 70 M.	40 bis 50 M.	30 bis 40 M.	15 bis 30 M.
Damenröcke (dunkel)	25 bis 30 M.	20 bis 25 M.	12 bis 20 M.	5 bis 12 M.
Damenmäntel	50 bis 60 M.	40 bis 50 M.	25 bis 40 M.	10 bis 25 M.

Auch in schlechtem Zustande befindliche Kleidungs- und Wäschestücke finden noch Verwendung und werden entsprechend bezahlt. [S 122]

**Elegante Strohhüte
Guthase**
Dresden-A., König-Johann-Str. 21
Dresden-N., Hauptstraße 20

**Kleintierzucht
Reidl's Hof
Niederwartha**
Täglich geöffnet. Eintritt 25 Pf. Kinder u. Militäre 15 Pf.
Derselber Pfingst-Ausflug mit Dampfer,
Eisenbahn, Straßenbahn, keine Fußwanderung

Sonn- und Festtag:
Militär-Konzert
Jäger-Regiment-Battalion Nr. 13
In der großen Wirtschaft: Kaninchen-Würstchen
nach Halberstädter Art.
Für Kinder:
Schöner Spielplatz sowie Geseh. u. Pony-Reiten.
Der prächtigste Pfingst-Ausflug.

Als Begleiter für den Nachtwächter
wird von einer größeren Fabrik in der Nähe Dresdens
1 charter Wachhund
(Deutscher Schäferhund) sofort gesucht. Angebote mit
Preisangabe erbeten unter „S. 31“ an die Exped. d. Bl.

**UT
Licht-Spiele**

Nur noch bis Donnerstag:
**Sie gewinnt sich
ihren Mann**
Lustspiel in 3 Akten mit
**Erika Gläbner
Leo Peukert
Herbert Paulmüller**

Rafaela
Schauspiel in 4 Akten mit
**Erna Morena
und Harry Liedtke**
Wochentags 8-11, Sonntags 3-11 Uhr. [S 174]

Pirna (Beikes Hob) Volkshaus
Bestgünstige Bier-, Weidemerle, Speyer, ff. Wafel- und
Ungarweine. Kaffee in Dosen, $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Portwein,
Große und kleine Gesellschaftsummer, Regelpoker,
Zaubervier Gärten. Saubere Lebenshaltung, Zimmer
mit 1, 2, 3 und 6 Betten.
Vereinslokal aller Arbeiterorganisationen.
Donnerstag, 16. Mai sowie jeden Donnerstag von 7 1/2 bis
Gr. humoristische Familienkonzerte
Am 1. und 2. Pfingstfesttag von nachmittags 4 Uhr an
Feine Unterhaltungsmusik
Bei Ausflügen halten wir unter Lokal bestend empfohlen
Richard Büttig und Fran. [S 174]

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Vergrößerung der Kartoffelanbaufläche. — Die neuen Steuern.

Auch die gestrige letzte Montagssitzung in dieser Landtagssitzung wuchs wieder zu einer Dauer Sitzung aus. Die Hauptgegenstände der Tagesordnung bildeten die Schlußberatung über eine Reihe Kapitel des Ergänzungsetzes für 1918/19 und die Steuerkapitel des Haushaltsplans. Eine lange Auseinandersetzung gab es bei Kap. 72 des Ergänzungsetzes, in dem die Regierung 1400000 M für die beiden Jahre des Finanzzeitraums, also 700000 M für jedes Jahr, als Beihilfe zur Vergrößerung der Kartoffelanbaufläche fordert. Die Finanzdeputation A ist zur Ablehnung dieser Forderung gekommen, eine aus den Konzeptionen bestehende Minderheit beantragte jedoch die Bewilligung. Auch der Berichterstatter, der Vorsitzende der Finanzdeputation B Dr. Kühnel, erklärte, er würde die Ablehnung der Forderung bedauern. Die Forderung hat eine Vorgeschichte. Beim Zusammentreten des Landtages hatten die Konzeptionen einen Antrag eingebracht, der in Anbetracht der Wichtigkeit der Kartoffel in unserer Nahrungsernährung sowie des Rückganges der Kartoffelanbaufläche Maßnahmen für eine Vergrößerung der Kartoffelanbaufläche mit Staatsunterstützung wünschte. Die Reichstagsdeputation, der der Antrag überwiesen worden war, sprach sich dahin aus, daß die Regierung für die Beschaffung von ausreichendem und gutem Saatgut zu angemessenen Preisen besorgt sein sollte. Die zweite Kammer trat diesem Beschlusse bei. Ebenso wußte die Erste Kammer. Geht auf diese Beschlüsse, hat die Regierung die erwähnte Summe in den Ergänzungsetz eingestellt. Die Regierung will jedoch nach der Erläuterung zu der Forderung im Ergänzungsetz die Beihilfen in einer Form gewähren, die einer Prämienzahlung so ähnlich sieht wie ein Ei dem anderen. Die Prämienzahlung ist aber von allen Seiten abgelehnt worden, auch von den Landwirten in der Regierung. Deshalb richtete sich der Widerspruch der Mehrheit in der Kammer nicht gegen die Sache, sondern nur gegen die Art der geplanten Verteilung. Das brachte Genosse Lange zum Ausdruck, der betonte, daß niemand etwas gegen die Bewilligung der Summe einzuwenden haben würde, wenn sie nur denen zugute komme, die wirklich eine Verengung der Anbaufläche vorgenommen haben und denen es nicht möglich war, Saatgut zu einem Preise zu erhalten, der in einem angemessenen Verhältnis steht zu dem Erzeugerpreise. Genosse Lange wendete sich auch gegen den Minister des Innern, der der Kammer glaubte Konsequenzen nachweisen zu können, wenn sie die Forderung ablehne. Nebenbei sprachen sich auch der national-liberale Abg. Dr. Seyfert und der fortschrittliche Abg. Dr. Günther aus. Ersterer brachte einen Antrag ein, der die Regierung ermächtigt, an mittlere und kleine Landwirte, die ihre Kartoffelanbaufläche vermehrt haben, Beihilfen zu gewähren und die ausgegebenen Beträge in einem Nachtragsetz zu Kap. 80 anzufordern. Gegen den Abg. Günther polemisierte sein Parteifreund Dr. Dietel, worauf Abg. Günther unter allgemeiner Beifall „festhielt“, daß er durchaus auf dem Standpunkte Dr. Dietels stehe, zwischen ihm und diesem also keine Differenz bestehe. Weiter hatte sich der Minister des Innern bereits mit dem Antrag Dr. Seyfert einverstanden erklärt. Die Abstimmung ergab die Ablehnung sowohl des Minderheits- wie des Mehrheitsantrags der Deputation und darauf die Annahme des Antrags Dr. Seyfert gegen die drei Stimmen der Unabhängigen, die jede Unterstützung der Landwirtschaft zum Kartoffelanbau ablehnen. Angenommen wurden darauf auch die übrigen Forderungen des Ergänzungsetzes. Die Sozialdemokraten stimmten gegen die geforderte Summe von 1350000 M. zur Bewährung eines unverzinslichen Darlehens an die Theater-Gesellschaft in Bad Eiter.

Die achte Stunde neigte bereits ihrem Ende zu, als die beiden Kapitel des Haushaltsplans über die direkten und indirekten Steuern zur Schlußberatung kamen. Zu der Finanzdeputation A war ein fortgeschrittlicher Antrag, der statt des gleichmäßigen Aufschlags zur Ergänzungsteuer eine Staffelung von 50 bis 800 Proz. durchgeführt wissen wollte, abgelehnt; ebenso ein sozialdemokratischer Antrag, der die Aufhebung der unteren Steuerklassen bis 800 M. sowie eine Ermäßigung der Steuerzahler mit Einkommen von 800 bis 1600 M. je nach der Kinderzahl forderte. In der Deputation war dieser Antrag in seinem ersten Teile daran gescheitert, daß denjenigen Wählern, die durch den Wegfall der unteren Steuerklassen vom Wahlrecht ausgeschlossen wurden, das Wahlrecht erhalten bleiben sollte. Der fortgeschrittliche und der sozialdemokratische Antrag wurden in der Volksversammlung wieder eingebracht, aber beide abgelehnt, worauf die Deputationsanträge, die die Regierungsvorschläge gutheissen, angenommen wurden. Die Sozialdemokraten stimmten gegen die indirekten Steuern.

Die heutige Dienstagssitzung ist der politischen Neuordnung gewidmet. Hier wird die Regierung zur Frage der Änderung des Wahlrechts zur zweiten Kammer endgültig Farbe zu bekennen haben.

Das Kohlengesetz gerettet.

Wolffs Landesbericht: Hinsichtlich des Kohlenregulierungsgesetzes bestanden zwischen den Beschlüssen der Ersten und der Zweiten Kammer Differenzpunkte, die jetzt im Vereinigungsverfahren zwischen beiden Kammern beseitigt worden sind, so daß das Kohlenregulierungsgesetz eine Annahme beider Kammern finden wird. Die Kammer sind sich in den Differenzpunkten entgegengekommen. Hinsichtlich der Förderabgabe haben sich beide Kammern auf einer mittleren Linie geeinigt. Es sollen erhoben werden bei der Förderabgabe für Braunkohlen 3 Pf. für die Tonne und 1 Prozent des Wertes, für Steinkohlen 6 Pf. pro Tonne und 1 Prozent des Wertes. Die Tage sollen nach zehn Jahren ihrer Revision unterworfen werden. Die Vorentscheidung, die die Erste Kammer angenommen hatte, daß die Zustimmung der Zweiten Kammer gefunden. Dagegen hat sich die Erste Kammer mit einer Erhöhung des Mindestes einverstanden erklärt, und zwar soll dieser nach dem jeweiligen Europäischen Rechte festgesetzt werden. Die von der Ersten Kammer angenommene Bestimmung, daß die Rückwärtsverteilung nicht unter das Kohlenregulierungsgesetz fallen sollen, ist von der Zweiten Kammer fallen gelassen worden.

Rettenhandel mit Schokolade und Bonbons.

Wegen Preiswunders und Rettenhandels mit Schokolade und Bonbons hatten sich der Kaufmann Paul August Klitzsch

Wietich, der Drogist Karl Laus Reinhold und der Handelsmann Robert Losarsky vor dem Landgericht Leipzig zu verantworten. In der Verhandlung wurde u. a. festgestellt, daß Wietich sechs Kisten Schokolade, die er für 900 M. eingekauft hatte, zum Preise von 2000 M. weiter verkauft hat, auch an den Bonbons hat er einen übermäßigen Gewinn erzielt. Seine Abnehmer Reinhold und Losarsky wurden zu je 300 M. Geldstrafe und Wietich zu 2700 M. Geldstrafe verurteilt.

Zeitweise Schließung der Gastwirtschaften.

Eine Versammlung der Chemnitzer Hotelbesitzer und Gastwirte befaßte sich mit der schwierigen Lage, in die die Hotel- und Restaurationshaber durch die Bundesratsverordnung über den Zolleinzelhandel geraten, und beschloß, eine Schließung der Lokale auf einige Tage jeder Woche zu erwägen. Vorher will man jedoch die maßgebenden Stellen nochmals um eine reichlichere Zuteilung von Lebensmitteln an die Gastwirtschaften ersuchen.

Laubhüter und Laubheu.

Bei dem großen Bedarf an Futtermitteln für die Pferde des Feldheeres und für das Vieh in der Heimat gilt es, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, um einem Futtermittelmangel vorzubeugen.

Es ist möglich, erhebliche Mengen an Heu und Stroh für spätere Zeiten aufzusparen, wenn in der nächsten Zeit das sehr nährstoffreiche Laub verschiedener Baumarten und Sträucher zur Grünfütterung und zur Gewinnung von Laubheu eingezogen wird.

Das kann nach sachverständiger Darlegung ohne Schaden für Baum und Stroh auch im Herbst und bis ungefähr Ende Juni geschehen, indem Ausläufer und überflüssige Zweige der Bäume und Sträucher ausgeschnitten werden.

In hantensmeyer Weise haben die Stadtparkverwaltung, mehrere Forstverwaltungen und auch Privatbesitzer sich gegenüber der Heeresverwaltung bereit erklärt, diese Laubgewinnung in ihren Verhältnissen zu genehmigen.

Die Heeresverwaltung richtet hierdurch an alle Grundstücks-, Park- und Gartenbesitzer die Bitte, auch ihrerseits diese Genehmigung zu erteilen und unter genauer Angabe ihrer Adresse, der ungefähren Laubfläche und des Ortes und der gewünschten Zeit der Aberntung eine Nachricht hierüber an die königliche Kommandantur von Dresden, Große Moltergasse 4, zu richten.

Diese wird die Eingaben nach Verleihen prüfen, und soweit es sich um Aberntung im Bezirk des Stadtrates Dresden handelt, hiermit Kommando des Truppen beantragen, die unter sachverständiger Leitung und Aufsicht die Gewinnung des Laubes besorgen werden.

Schwarzberg. Infolge des gemaltigen Zuzuges in unser Stadtgebiet und der damit verbundenen außerordentlichen Wohnungsnot ist von der Heeresverwaltung der Bau von circa 100 Wohnhäusern genehmigt worden, die zu einem großen Teil von der hiesigen Baugesellschaft errichtet werden sollen.

Stadt-Chronik.

Drohende Sonderbelastung der organisierten Verbraucher.

Zu § 6 der Vorlage betreffend Erhöhung der Umsatzsteuer haben die Abgeordneten Goltsch und Genssen einen Antrag gestellt, wonach die Steuer für Umsätze im Kleinhandel gesteuert werden soll, so daß sie von 100 000 M. Umsatz an mehr als 1/2 Prozent betragen wird, steigend bis zu einem vollen Prozent bei Umsätzen über drei Millionen Mark.

Wäre der Antrag Gesetz, so wäre eine Ausnahmesteuer für alle Verbraucher geschaffen, die ihre Waren aus den Konsumvereinen beziehen, die meistens Umsätze über 100 000 M. jährlich, in vielen Fällen über drei Millionen Mark jährlich erzielen. Die Mitglieder eines großen Konsumvereins würden, da die Steuer ohne weiteres zum Warenpreis zugeschlagen werden muß, unter Umständen doppelt so viel Umsatzsteuer zu tragen haben wie Leute, die ihren Bedarf in Geschäften decken, die unter 100 000 M. Umsatz erzielen. Die Steuer würde von der Einkaufserparnis, die sie durch rationelle Bedarfsdeckung in eigenen Geschäften erzielen, abgehen. Ein Konsumvereinsmitglied, das zum Beispiel 1000 Mark Umsatz macht und dafür 4 Prozent als Einkaufserparnis rückerhält, würde von den 40 M. auf Grund des Antrags 10 M. einbüßen, während der Käufer in einem Zwerggeschäft nur 5 M. Steuer zu tragen hätte. Die gestaffelte Steuer bedeutet für ihn also die Konfiskation von 12 1/2 Prozent seiner Erparnis. Die organisierten Verbraucher sollen also dafür bestraft werden, daß sie sich eine rationelle Warenvermittlung geschaffen haben.

Viele Zehntausende der Mitglieder gerade der von dem geplanten Sondersteuer am härtesten betroffenen Großkonsumvereine sind Arbeiterwitwen und Arbeiterfrauen, die jeden Pfennig Erparnis bitter nötig gebrauchen, Sondernutzen sind Arbeiter. Es ist geradezu unglücklich, daß den Antragstellern diese ungeheuerliche Konsequenz ihres Verlangens nicht zum Bewußtsein gekommen ist. Um so nötiger ist es, mit allergrößtem Nachdruck gegen den Antrag Protest zu erheben und ihn unter allen Umständen zu Fall zu bringen, um der deutschen Gesetzgebung die Schmach zu ersparen, daß sie zu den unvermeidlichen Opfern, die der Krieg in Gestalt von Steuern fordert, durch Ausnahmegesetze die Armen und Vermitteln in höherem Maße beizutragen zwingen möchte als Reiche und Reichste. Der Antrag Goltsch und Genssen ist ein Noth auf alle soziale Gerechtigkeit und muß schleunigst endgültig abgelehnt werden.

Ein Gemeindegast

Der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt wurde am Montag nachmittags abgehalten. Der Vorsitzende, Gemeindevorstand Schreiber, Deuben, wies in seiner Begrüßung, auftragsmäßig darauf hin, daß die Gemeinden an den Grenzen ihrer Verwaltungsgebiete angefangen seien. Für die Erledigung der eigentlichen Gemeindegastverträge verbleibe den Gemeindevorständen kaum noch die allernotwendigste Zeit, alle Kräfte würden fast ausschließlich von Kriegsmassnahmen in Anspruch genommen. Dabei müßte oft mit einer unplanmäßigen Schwächung gearbeitet werden, weil zuweilen die aufständischen Verordnungen erst einzuwirken, wenn die gestellte Frist bereits abgelaufen sei. Der neue Amtshauptmann Dr. Wölter erklärte an, daß der Ausgabebereich der Gemeindevorstellungen durch den Krieg einen Umfang angenommen habe, der fast übermenschliche Anstrengungen an den einzelnen stelle. Im übrigen betonte er mit besonderem Nachdruck, daß er auf ein einziges persönliches Verhältniß zu den Gemeindevorstellern größten Wert lege, da er glaube, auf diese Weise über die Bedürfnisse des praktischen Lebens am besten unter-

richtet zu werden. Am Ende sei jetzt viel von einem übertriebenen Nachbewußtsein der Amtshauptleute und von unzulässigen Eingriffen in die Selbstverwaltung der Gemeinden die Rede gewesen. Jedenfalls wolle er ohne Grund in die Schaffenfreudigkeit und in das Verantwortlichkeitsgefühl der Gemeindevorleiter nicht eingreifen. Wo es nur gehe, wolle er den Gemeinden Vereinfachungen und Erleichterungen verschaffen.

Der erste und wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf Maßnahmen gegen die Wohnungsnot in den Landgemeinden. Bei der Amtshauptmannschaft mitteilte, hat am 12. April über diesen Gegenstand eine Besprechung zwischen ihm und den Vertretern von 25 größten Gemeinden stattgefunden, die zu einer Verfügung der Amtshauptmannschaft geführt hat, in der alle Maßnahmen zusammengestellt werden, die auf diesem Gebiete ergriffen werden sollen. In erster Linie handelt es sich dabei um die Beschaffung und die Vertheilung, weiter um Maßnahmen, die die Personen, die jetzt kaum, der späteren Vermögensverlust schützen sollen, und um solche, die ein allzu großes Anziehen des Wirtschaftes verhindern. Als wünschenswert ist eine Wohnungsabteilung im ganzen Amtshauptmannschaftlichen Bezirke gehalten worden, das Statistische Landesamt hat das aber abgelehnt, wegen der damit verbundenen hohen Kosten. Infolgedessen soll sich die Zählung, die am 30. Mai stattfindet, nur auf die größeren Gemeinden erstrecken. Als sehr wichtig wurde auch die Einführung des Wohnungsbuches bezeichnet, wobei darauf hingewiesen wurde, daß auch bereits in den kleineren und kleinsten Gemeinden empfindlicher Wohnungsbedarf herrscht. Gemeindevorleiter K. H. J. (Zulien) befürchtete, daß in den Vorortsgemeinden, wenn dort bloß kleinere Wohnungen gebaut werden sollten, nur noch Arbeiterbevölkerung verbleiben würde, da dann die besserbesoldeten Beamten nach Dresden ziehen würden. — Gemeindevorleiter K. H. J. (Zulien) wies darauf hin, daß sich noch den jetzigen Verhältnissen auf dem Bau- und Arbeitsmarkt die Wohnhäuser viel höher stellen müssen, als vor dem Kriege. Deshalb müßte das Reich entsprechende Zuschüsse leisten, weil sonst die große Gefahr bestehe, daß die Mieten in den alten Häusern sich bald denen in den neu erbauten anpassen würden. Da es ausgeschlossen sei, daß in den nächsten drei Jahren die erforderlichen Wohnungen beschafft werden können, sollte man zu Notbehelfen greifen, aber nicht in der Form der Teilung großer Wohnanlagen und des Ausbaues von Fach- und Mietswohnräumen, denn das seien nur langweilige und soziale Quasialternativen, sondern durch Errichtung von Wohnbaracken. In die Vorarbeiten sollten die Gemeinden schon jetzt setzungen. Die Mittel könnten selbstverständlich nicht die Gemeinden aufbringen, das sei vielmehr Sache des Reiches. — Der Vorsitzende bemerkte, daß sich ganz besonders häßlich die Beschaffung von Wohnungen für kinderreiche Familien gestalten werde. Die Einwirkung der Gemeinden auf die Bauarbeiten sei da sehr beschränkt; vielmehr könnte aber für diese Frage die Industrie in größerem Maßstabe interessiert werden. — Der Amtshauptmann erklärte dazu noch, daß zur Zeit vom Statistat zu Dresden und den beiden Amtshauptmannschaften Dresden-Alstadt und -Neustadt die Frage geprüft werde, wie am besten die Bauten für die Notbehelfsbaracken beschafft werden können. Eventuell käme die Errichtung von Wohnbaracken in Frage. Als eines der wichtigsten Probleme bezeichnete auch er die Unterbringung kinderreicher Familien. Hier zu helfen sei auch ein Gebot der Menschlichkeit.

Zu längeren Debatten führte ferner die Frage der Einführung einer Tang- und Lustbarkeitssteuer für den ganzen Bezirk der Amtshauptmannschaft. Bekanntlich hat Dresden-Neustadt bereits eine Tangsteuer eingeführt; sie ist vom Ministerium verlustweise auf drei Jahre genehmigt worden. Vertreter des Sachinhaberverbandes, die in der Angelegenheit vom Amtshauptmann gehört worden sind, haben schließlich ausgesprochen, daß eine Tangsteuer noch von den Sozialisten getragen werden könnte, wenn sie sich in wesentlich niedrigeren Grenzen hielt. Nach Mitteilung des Amtshauptmanns hält auch der Bezirksausschuß die Steuer für gerecht. Der Bezirk sei derzeit belastet, daß unbedingt neue Einnahmen geschaffen werden müssen. Man wolle aber nicht bloß die Tangsteuer besteuern, sondern auch die Tagelöhner-, Sinauauflagen usw., wie es die Stadt Dresden tun wolle. Die Amtshauptmannschaft wolle sich aber erst die erforderlichen Unterlagen beschaffen, ehe sie eine Vorlage an den Bezirksausschuß bringe. — Gemeindevorstand Heinrich (Zulien) war dagegen, daß die Steuer zugunsten des Reiches erhoben wird; er hielt das für einen Eingriff in das Steuerrecht der Gemeinden. — Gemeindevorleiter und Sachverständiger Kreschmar (Zulien) hielt die Steuer nicht für gerecht und empfahl eine stärkere Heranziehung der Kriegsgemeinden. — Der Vorsitzende meinte, das Vergünstigungsbedürfnis weiter Bevölkerungsschichten sei so groß, daß es, sobald die Tangsteuer wieder da sei, wieder gefüllte Teller geben wird. Deshalb wäre es unklar, auf diese Steuer zu verzichten; sie würde verhältnismäßig leicht aufgebracht werden. Es müßte jedoch ihre obligatorische Einführung für den ganzen Bezirk erfolgen.

Zum Verkehr mit Kaffee-Ersatzmitteln.

Durch Verordnung vom 16. November v. J. sind Höchstpreise für Kaffeeersatzmittel festgesetzt worden. Die Kommunalordnung vom 16. November v. J. sind bekanntlich Höchstpreise für Kaffee-Ersatzmittel festgesetzt worden. Die Kommunalverbände und Gemeinden waren ermächtigt, bis zum 15. März d. J. Ausnahmen von dem Höchstpreise für Kaffee-Ersatzmittel zuzulassen. Die Bestandsaufnahme, welche zum 15. März d. J. erfolgt ist, hat ergeben, daß sich bei Ablauf jener Frist teilweise noch größere Mengen Kaffee-Ersatzmittel im Besitz der Kommunen, Bezirkszentralen und des Handels befanden haben, deren Einstandspreis in der Regel den Höchstpreis um ein Mehrfaches übersteigt. Diese Mengen sollen nach Möglichkeit in die allgemeine Rationierung einbezogen werden. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat deshalb die zuständigen Landesbehörden ermächtigt, die bei der Bestandsaufnahme bei ihnen angemeldeten Mengen in Anspruch zu nehmen und unter Einleitung von Maßnahmen, die ein Nachschließen erneut widerrechtlich hergestellter Ware verhindern, zu einem höheren Preise als dem Höchstpreis in den Verkehr zu bringen. Die Nachprüfung der von den derartigen Besitzern geforderten Preise ist Sache der Uebernahmestellen, die sich hierbei, soweit erforderlich, der örtlichen Preisprüfungsstellen bedienen werden. Die in Anspruch genommenen Bestände sollen ausschließlich für die rationierte Versorgung der Bevölkerung veräußert werden. Sie werden nur zur Hälfte auf die den Kommunalverbänden nach der allgemeinen Rationierung zukommenden Mengen Kaffee-Ersatzmittel des Kriegsausfalls angerechnet. Es wird ihnen hierdurch Gelegenheit geboten, über die Mengen, die auf Grund der allgemeinen Rationierung geliefert werden, hinaus eine bessere Versorgung ihrer Bevölkerung zu ermöglichen.

Erweiterung der Viehzählungen.

Seit dem 1. März 1917 werden auf Beschluß des Bundesrats vierteljährliche Viehzählungen vorgenommen, die sich ursprünglich nur auf Pferde, Rindvieh, Schafe und Schweine erstrecken sollten. Vom 1. September 1917 an sind diese Zählungen regelmäßig auf Meisen und Federwild (Gänse, Enten und Hühner) ausgedehnt worden. Zur die Zählung am 1. Dezember 1917 wurde angedeutet, daß für die Pferde der besondere Verwendungszweck zu ermitteln war. Außerdem

war eine besondere Feststellung der Justizämner (Justizräten und Justizern) angeordnet worden. Bei der Zählung am 1. März 1918 wurde erstmalig die Zahl der im Deutschen Reich gehaltenen zahmen Kaninchen ermittelt. Auf Grund der Ergebnisse der bisherigen Viehzählungen hat der Bundesrat nunmehr beschlossen, daß die eben erwähnten, zunächst nur für die Dezemberzählung und für die Märzählung angeordneten Erweiterungen bis auf weiteres bei allen künftigen Viehzählungen in Geltung bleiben sollen, so daß die vierteljährlichen Viehzählungen sich jetzt erstrecken werden auf Pferde und deren Verwendungszweck, Rindvieh, Schafe, Schweine mit besonderer Feststellung der Justizämner und Justizern, Ziegen, Kanin, Enten, Hühner und zahme Kaninchen. Die erste Zählung in diesem Umfange wird am 1. Juni 1918 stattfinden.

Dresdner Lebensmittelversorgung.

Zur Kartoffelvorauslieferung.
Da in den Kreisen der Verbraucher vielfach Unklarheit über die durch die Maisbrennstoffverordnung vom 6. Mai 1918 ermöglichte Kartoffelvorauslieferung besteht, teilt uns das Lebensmittelamt hierzu folgendes mit: Eine Vorkaufkarte des C-Abchnittes der Landeskartoffelkarte mit einem Zentner aus den von der Stadt herangeschafften Vorräten konnte feinerzeit vom Lebensmittelamt nicht ins Auge gefaßt werden, weil es noch völlig ungewiß war, ob es gelingen würde, so viel Kartoffeln nach Dresden heranzubekommen, daß eine gleichmäßige Versorgung aller Verbraucher, also auch der in der Wochenversorgung Verbleibenden, gewährleistet war. Um gleichwohl eine vorläufige Entscheidung, auf die ein großer Teil unserer Einwohner nach den Erfahrungen des Winters Wert legt, zu ermöglichen, ist im März vom Lebensmittelamt eine Sammelkarte, die die Wochenabnahme vom 13. April bis 3. August 1918 umfaßt, den Verbrauchern ausgehändigt worden, die den Vorteil hat, daß je nach den Eingängen einzelne Abchnitte im Voraus geliefert werden konnten. Bei den stärkeren Eingängen im März und Anfang April konnte das Lebensmittelamt bereits die ersten sieben Abchnitte der Sammelkarte (Verorgungszeit vom 13. April bis 1. Juni 1918) für die Vorauslieferung mit 1/2 Zentner freigeben. Eine weitere Vorkaufkarte auf die folgenden sieben Abchnitte mit 1/2 Zentner gestattete die bisherigen Eingänge nicht. Im Interesse einer gleichmäßigen Versorgung aller Verbraucher konnte das Lebensmittelamt nur weitere vier Abchnitte über die Zeit des 1. Juni 1918 hinaus zur Entscheidung für die Wochen vom 2. bis 20. Juni 1918 zur Vorauslieferung freigeben. Eine Vorauslieferung für den Juli kann nicht erfolgen. Jeder Verbraucher, der sich bis 29. Juni 1918 entscheiden will, muß bei seinem Kleinhändler die vier Abchnitte 8 bis 11 der Sammelkarte auf die Wochen vom 2. bis 29. Juni 1918 sofort abgeben, wenn er sich für den Juli vorratsweise entscheiden will. Das Lebensmittelamt hat beschlossen, mit Rücksicht auf die bisher bestehende Unklarheit die Frist zur Anmeldung der vier Abchnitte beim Kleinhändler bis zum 15. Mai 1918 zu verlängern. Die Kleinhändler müssen die gesammelten Abchnitte bis spätestens 16. Mai 1918, mittags 1 Uhr, beim zuständigen Wehrbezirk abliefern. Die Wehrbezirke sind angewiesen, die Bedarfslisten darauf umgehend den Bezirksbehörden zuzustellen.

Zur Verteilung von Gemüsekonzerven
teilt das Lebensmittelamt mit, daß auf jeden Ausweis 173 nur eine 1/2-Kilo-Dose abgegeben werden darf. Da sich unter dem zur Verteilung kommenden Posten Gemüsekonzerven außer 1/2-Kilo-Dosen auch eine größere Anzahl 1-Kilo-Dosen befindet, wird es in dem oder jenem Geschäft vorkommen, daß 1/2-Kilo-Dosen zur Lieferung einzelner Ausweise nicht mehr zur Verfügung stehen. Dementsfalls müssen sich je zwei Inhaber solcher Einzelausweise zu gemeinsamem Bezug einer 1-Kilo-Dose zusammenschließen und den Inhalt der erhaltenen Stolle in Natur teilen.

Die Baugenossenschaft Dresden-Land, e. G. m. b. H., hat, wie in ihrer Hauptversammlung berichtet wurde, die Berechtigung der Baubläne für die geplanten Erweiterungen der Kolonie Cohnmannsdorf und Niederfeldig in Auftrag gegeben. Ferner hat die Genossenschaft an der Vucowartstraße in Borsdorf ein etwa 30.000 Quadratmeter großes schöngelegenes Gelände erworben, das für etwa 100 Kleinwohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern Raum bietet. Weiter wurden 7000 Quadratmeter Land für die Erweiterung der Kolonie Cossbude gekauft. Die Mitgliederzahl hat sich wenig geändert und beträgt 360 gegen 348 im Vorjahre. Das Geschäftsguthaben der Genossen ist

von 213.455 M. auf 242.916 M. gestiegen. Die Zahl der Geschäftsanteile liegt von 1112 auf 1247. Die Bilanz schließt mit 1.835.429 M. und die Gewinn- und Verlustrechnung mit 96.422 M. ab. Aus dem Reingewinn in Höhe von 9281 M. sollen 4 Prozent Dividende gewährt werden.

Der Kleinwohnungsbaurein zu Dresden zählte Ende 1917 862 Mitglieder mit 932 Anteilen und einer Kasssumme von insgesamt 186.400 M. Die Vereinsgrundstücke haben einen Buchwert von 2.482.497 M., von denen 545.251 M. auf den Grundwert entfallen. Die Hypothekenschulden betragen sich nach Abzug von 86.917 M. Tilgung bzw. Auszahlung bis Ende 1917 auf 2.093.580 M. und die Kapitalwerte der zurückhaltenden Grundrenten auf 107.887 M. Die von den Mitgliedern eingelegten Spargelder betragen sich auf 26.638 M., und die Mieterträge auf 150.578 M. Der Reingewinn des Geschäftsjahres 1917 beträgt 14.532 M. zu folgender Verwendung: 1455 M. der gesetzlichen Rücklage, 3000 M. der Hilfsrücklage, 3000 M. an die Kriegsschädentrücklage, wofür 4 Prozent Dividende auf die Geschäftszutragen — 5645 M. und 1452 M. Vortrag auf neue Rechnung.

Erzberger Prozeß gegen den Grafen Schönburg wegen der Beleidigungen, die letzterer in der Dresdner Versammlung des sächsischen Zentrumswahlvereins gegen den Abgeordneten Erzberger gerichtet hat, soll in nächster Zeit vor einem sächsischen Gericht verhandelt werden. Da der Herr Graf wahrscheinlich für seine beleidigenden Äußerungen einen umfangreichen Wahrheitsbeweis anbieten wird, kann der Prozeß einige Tage dauern.

Ein wirksames Mittel gegen das Auffringen der Hände, das namentlich in der arbeitenden Bevölkerung häufig vorkommt, heißt, wie man zu sagen pflegt, „in Großmutter Rezeptbuchlein“. Es beruht auf der Seifkraft der Walderdbeere und des Sonnenlichts. Ein Leier unserer Blätter schreibt uns darüber: In meiner Freizeit vor 44 Jahren war ich mit dem Leiden sehr behaftet. Auf Anraten meiner Großmutter sollte ich an einem sonnigen Tage in den Wald gehen und nur auf ausgewählte Walderdbeeren zum Erhitzen der Hände eintreten. Vor Gebrauch mußte ich meine Hände mit ziemlich heissem Wasser und Kerseife reinigen und, damit in den Poren keine Seife haften bleibt, wiederum mit reinem, warmem Wasser nachspülen. Sofort nach dem Spülen habe ich mir an einem sonnigen Tage die Hände mit den Walderdbeeren tüchtig eingerieben und gut von der Sonne betrachten lassen. Erst am folgenden Tage habe ich mich mit kaltem Wasser, ohne Seife, gewaschen. Bis zu meinem 81. Jahre habe ich meinen Beruf als Gärtner ausgeübt und nach jeder Zeit bis auf den heutigen Tag war ich ständig im Außendienst tätig. Obwohl ich aber öfters der Witterung ausgesetzt war, sind mir die Hände nicht wieder aufgegrungen. Wer mit dem Uebel behaftet ist, sollte nicht unterlassen, von dem Mittel Gebrauch zu machen. Der Erfolg wird, hoffen bin ich, ehestens auch bei älteren Personen nicht ausbleiben.

Der Dresdner Hausfrauenbund veranstaltet Donnerstag 4 1/2 Uhr Windelmannstraße 4 einen Hausfrauen-Nachmittag. Vorführung der Kochkiste mit Kochvorschriften und Kostproben, Vorträge über das Groß-Reinmachen im Kriege, Wollentwässerung, Wildgemüse.

Die Königliche Landesbibliothek in Dresden bleibt wegen Reinigung der Bücherlässe in der Woche nach Pfingsten geschlossen. Bücherbestellungen, die bis 23. Mai, 9 Uhr früh, eingehen, bleiben unerledigt und sind im Bedarfsfalle zu erneuern. Später eingehende Bestellungen werden ausgeführt und liegen vom 27. Mai, 11 Uhr ab, zur Abholung bzw. zur Benutzung bereit.

Die Auskunftsstelle vom Roten Kreuz über Verwundete, Vermittelte und Kriegsgefangene, Dresden-K., Königl. Palais, Taschenberg 3, L., bleibt, wie bereits mitgeteilt, kommenden Sonnabend wegen Reinigung geschlossen.

Innere Altstadt. Für die Genossinnen findet Mittwoch, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim, Obpelstraße 12, 1., ein Diskussionsabend statt. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Vermischte Nachrichten. In der vergangenen Woche sind bei der Kleiderverwertungsstelle über 1000 Anzüge abgeliefert worden. — Dem Räte sind 10.000 M. zu Bewilligen zur Aussteuer für arme Dresdner Mädchen, die unbemittelte Dresdner Kriegsteilnehmer zu heiraten werden, zur Verfügung gestellt worden. Bewerbungsverfahren sind beim Stützamt, Landhausstraße 9, 3. Obergesch., einzureichen. — Ein unentgeltlicher Lehrgang über Verleumdung der Bisamratte findet Mittwoch (Donnerstag 9 Uhr beginnend) und Donnerstag im zoologischen Hörsaal der Königl. Hochschule Tharandt statt. Anmeldung an Professor Dr. Schwangart-Tharandt, Eldonienstraße.

aus der Umgegend.
Styria. Morgen Mittwoch, vormittags von 8 bis 12 Uhr, kommt im Freibankhof Landbesitzer Risch und Apfelmus im Tolen zum Verkauf. Die Abgabe von Milch erfolgt nur an Familien, die nicht mit Fleischmilch beliefert werden.
Deuben. Auf den April-Abchnitt M der Landesfestkarte können in den zur Kundenliste angemeldeten Futterverteilungsstellen 80 Gramm Margarine für 32 Pf. bezogen werden.
Radebeul. Eier kommen zur Verteilung für diejenigen in den Geschäften erfolgten Anmeldungen, die sich auf die Woche vom 6. bis 12. Mai beziehen. Jede Person erhält ein Ei zum Preise von 40 Pf. Eier, die bis zum Freitag nicht abgeholt sind, können anderweitig verkauft werden. — Die Margarinekarten N für den Monat Mai können im Laufe dieser Woche beliefert werden. Die Anmeldungen in den Geschäften haben bis morgen Mittwoch, mittags, die Abgabe der Listen und Margarinekarten seitens der Händler an diesem Tage, nachmittags 8 bis 8 1/2 Uhr, im Rathaus, Zimmer 1, zu erfolgen.
Ottendorf-Moritzhof. Die auf die C-Abchnitte entfallende Kartoffeln sind bei dem Händler von Herrgott dahing zu entnehmen. Für spätere Lieferung des C-Abchnitts wird nicht mehr geleistet.
Radebeul. Eier kommen morgen Mittwoch zum Verkauf und zwar erhalten zwei Personen zwei Stück, zum Preise von 40 Pf. das Stück.

Gewerkschaftsbewegung.
Erfolgreiche Lohnbewegung der Kohlenarbeiter von Dresden und Umgebung.

Die Kohlenarbeiter gehören zu denjenigen Berufsgruppen für eine besonders schwere und schmutzige Arbeit selbst schon Arbeitszeiten einen verhältnismäßig niedrigen Lohn erhalten. Im Jahre 1918 betrug der Stundenlohn nur 41 bis 43 Pf. Im Juni 1918 wurde ein Stundenlohn von 81 Pf. vereinbart. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kohlenarbeiter wurden nach Kriegsausbruch nicht besser, sondern immer schwieriger, insbesondere dadurch, daß die Lebensmittelpreise sich nicht dazu bereit erklärten, die Kohlenarbeiter als Schwer- bzw. Schwerstarbeiter anzuerkennen und sie besonders zu belohnen. Da die Kohlenarbeiter vielfach auf Gasthäuser angewiesen sind, wurde die Lebenshaltung immer teurer und die Unternehmer mußten wohl oder übel dem Rechnung tragen und die Löhne erhöhen. Die Steigerung war aber sehr gering und betrug bis zum Juni 1917 erst 10 bis 18 Pf. die Stunde. Im Juli 1917 wurde der Tarifvertrag erneuert und ein Stundenlohn von 80 Pf. vereinbart.
In diesem Jahre traten die Kohlenarbeiter und -arbeiterinnen erneut an die Unternehmer wegen Erhöhung ihrer Lohnverhältnisse heran. Gefordert wurde ein Stundenlohn von 1,10 M. Die Verhandlung erreichte nach mehrmaligen Verhandlungen einen Stundenlohn von 1 M. für Schülpen und Karren einen solchen von 1,20 M.; Kohlenarbeiterinnen erhalten 70 Pf. die Stunde, Kohlenträger und -trägerinnen für das Fokollier 12 Pf., für den Zentner 11 Pf. Die Arbeitsläge sind ebenfalls neu geregelt worden und für Kohlen im Afford werden nun für die Tonne 80 Pf. gezahlt. Die neuen Lohnsätze treten sofort in Kraft.
Der neue Lohnsatz bringt den Kohlenarbeitern eine durchschnittliche Mehrerhöhung von 11 M. wöchentlich und hat Geltung bis 30. April 1918.

Fortschritte des Holzarbeiterverbandes.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat nach der jetzt dreifachen Abrechnung seine Mitgliederzahl im Jahre 1917 um 322 Holz, gesteigert. Er zählte am Jahresabschluss 90.237 Mitglieder, darunter 18.456 weibliche. Deren Zahl allein hat sich um 1258 Holz erhöht.
Auch seine Rassenverhältnisse haben sich wesentlich verbessert. Die Einnahmen übersteigen die Ausgaben um 745.850 M. Durch diesen günstigen Rassenabgleich ist es gelungen, die Vermögensminderung, die im Jahre 1914 durch die außerordentlich hohe Zinsanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung entstanden war, wieder auszugleichen. Der Vermögensbestand des Verbandes, der am Jahresabschluss 7.708.717 M. betrug, übersteigt den Bestand zum Schluss des Jahres 1913 um rund 300.000 M. Die Ausgaben an Unterhaltungen waren mit 973.100 M. annähernd so hoch wie im Vorjahr.
Keuseh erfolgreich waren die vom Holzarbeiterverband geleiteten Wohnbewegungen. Seine Statistik weist 1013 Wohnbewegungen mit 155.412 beteiligten Personen auf. Als Erfolg dieser Wohnbewegungen ist festzustellen für 12.308 Personen eine Arbeitsvermittlung um durchschnittlich 3,4 Stunden pro Woche. Daneben wurde für 128.368 Personen eine Lohnverhöhung um durchschnittlich 11,74 M. pro Woche erzielt. Das ergibt für die beteiligten Arbeiter eine Erhöhung des Wochenverdienstes um 1.506.393 M. oder auf das Jahr umgerechnet eine Steigerung der Lohnsumme um mehr als 75 Millionen M. Das ist ein recht ansehnlicher Erfolg, der den Augen einer starken Gewerkschaftsorganisation deutlich erkennen läßt.

Radeberger Hutfabrik
Dresden-A Moritzstr. 3
Größtes Spezialhaus für garnierte und ungarinierte Damen- u. Kinderhüte am Platze

Achtung! Besonders günstiges Angebot!

Großer Hufformenverkauf zu billigen Preisen

Tagalbackfischformen	von Mk. 9.75 an
Tagaldamenformen	von Mk. 12.75 an
Feine Bastformen	von Mk. 5.75 an
Litzenhüte	von Mk. 4.75 an

Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer!

Beachten Sie bitte unsere 15 Schaufenster im Erdgeschoss und 1. Stock.

Zerriffene Strümpfe

Hemden, Hosen usw. werden seit 18 Jahren in der Strumpfweberei Paul Krause, Dresden, Gerolstraße 54, äußerst sauber nach bewährtester Methode vorgerichtet.

6 Paar zerriffene Strümpfe geben 4 Paar vorgerichtete Strümpfe, 6 Paar Socken 3 Paar vorgerichtete Socken
Nach durchbrochenen Strümpfe können verwendet werden.
Preis für das Paar 1.35 bis 1.50 Mark.
Lieferzeit drei Tage. Postversand prompt.
Hauptgeschäft: Gerolstraße 54. (S. 22)

Zweiggeschäfte: Wagnerstraße 23
Große Plauenische Straße 32.
Annahmestellen: L. Hoffmann, Reiffendorfer Str. 20
S. Feidler, Leipziger Straße 85
Birna, Th. Eisenbraut, Königsplatz 5.
Radebeul, H. Rappier, Bahnhofstraße 23.

Brennholz aller Art
in Rollen und Scheiten, oder ofenfertig, ferner klar gespalten und in Drahtlingen festgepresst, liefert an Händler und Private jeden Posten ab Lager oder frei vom Haus

Säge- und Spaltwerk M. Drechsel, Fröbelstr. 33
Fornaf 20085. (S. 27)

Hauptkontor: Dresden-K. Gr. Klosterg. 1., Fornaf 15554
Ernst Hackel: Die Welttrüffel
Preis 2 Mark.
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10.

